

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Redaktion:
Lageblatt Riesa,
Domplatz Nr. 22,
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Lagerblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhartmannsdorf, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Bauverwaltungsausschusses Riesa bestmögliche Blatt.

Postfach
Dresden 1580,
Witzschke,
Riesa Nr. 22.

Nr. 205.

Freitag, 2. September 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Lagerblatt erscheint jeden Tag abends 7½ Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Baar. Für den Fall des Eintrittens von Preisänderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr mittags anzukommen und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 36 mm breite, 3 mm hohe Druckgröße, 100 Zeilen (4 Spalten) 25 Pfennig; die 20 mm breite Kettendruckgröße 100 Pfennig. Anzeigen unter 25 Zeilen sind mit 50% Zuschlag. Preise für: 36 mm breite, 3 mm hohe Druckgröße, 100 Zeilen (4 Spalten) 25 Pfennig; die 20 mm breite Kettendruckgröße 100 Pfennig. Anzeigen unter 25 Zeilen sind mit 50% Zuschlag. Preise für: 36 mm breite, 3 mm hohe Druckgröße, 100 Zeilen (4 Spalten) 25 Pfennig; die 20 mm breite Kettendruckgröße 100 Pfennig. Anzeigen unter 25 Zeilen sind mit 50% Zuschlag.

Der Genfer Akt.

Die von den Genfer Demokraten getriebene Initiative zum Völkerbund ist wieder reaktiviert worden. Und so konnte der neue Präsident des Rates, diesmal der Herr Dr. Chelidze, die augenblickliche Session des Völkerbundrates eröffnen, als ob es in der Zwischenzeit nichts gegeben hätte, was an der Struktur dieses Genfer Instituts gerüttelt hätte. Die erste parlamentarische Sitzung des Rates ist demnach für die Zeit nach dem 2. September wieder in Genf gerufen worden. Es wurde zunächst nur über die beiden Danziger Fragen verhandelt. Und zwar zunächst über das polnische Verlangen, das sog. „Vort Davische“ d. i. über den Wunsch Polens, seine Kriegsschiffe in der Winterzeit im Hafen von Danzig zu belagern. Dann zweitens über den erneuten Antrag Danzigs, Polen zu verlassen, das Munitionslager auf der Halbinsel abzugeben und die Munitionslager auf der Halbinsel abzugeben zu verlangen. Schon der Verlauf dieser ersten Aussprache zeigte die Tendenz der Mehrheit des Rates, den polnischen Wünschen nachzugeben zu zeigen. Wenn der Rat darüber einig wurde, es dem Präsidenten zu überlassen, darüber zu entscheiden, ob die Frage des polnischen „Vort Davische“ auf der offiziellen Tagesordnung verbleiben soll oder nicht, so heißt das mit anderen Worten nichts anderes, als daß der Rat mit dieser Frage noch in dieser Session in entscheidender Weise beschäftigt wird. Die recht lebhafteste Aussprache über den Danziger Antrag lehrte von neuem, daß der vom Völkerbund bestellte Kommissar von Danzig, Herr von Dameln, keine Vorläufe für Polen nicht verhehlen kann. Er stellte sich zunächst auf den Standpunkt, daß der Völkerbundrat auf Grund seiner Geschäftsordnung gar nicht in der Lage wäre, nochmals über einen bereits gefassten Beschluß eine erneute Debatte stattfinden zu lassen. Dieser juristische Einwand des Herrn von Dameln führte dann auch prompt zu dem Beschluß des Völkerbundrates, diese Geschäftsordnungsfrage zur Klarstellung einer juristischen Unterkommission zu unterbreiten. Was dieser Beschluß des Völkerbundrates zu bedeuten hat, braucht nicht besonders betont zu werden. Für Verwirklichungsmaßnahmen gibt es kein geeigneteres Instrument als eine solche Unterkommission. Bis sich die Herren dieses Unterausschusses über die Klarstellung dieser juristischen Geschäftsordnungsfrage einig sein werden, dürfte die Session wieder geschlossen haben. Somit kann auch dem Wunsch Polens und damit der Mehrheit dieses Rates im nächsten Maße Rechnung getragen werden.

Wenn man auch vielleicht im Augenblick nicht von einer Völkerbundskrise sprechen kann, so doch von einer persönlichen Vertrauenskrise. Die Bemerkungen des polnischen und hoch angesehenen französischen Politikers, dem Außenminister Briand für Genf möglichst energisch die Hände zu binden, dürften bekannt sein. Ebenso die ähnlichen Bemerkungen, die sich mit der Person des Herrn Vandervelde befassen. Wenn auch diese Krise im Augenblick wenigstens scheinbar weniger bedrohlich ist, so wäre es doch sehr ratsam, sie zu unterdrücken. Läßt es sich doch nicht leugnen, daß trotz konkreter und sachlicher Beweggründe diese persönlichen Unstimmigkeiten bedauerlich sind. Das nächste Tage dürften etwas mehr Klarheit in die Genfer Atmosphäre bringen.

Rückkehr der Minister nach Berlin.

Berlin. (Bundspruch.) Im Laufe der nächsten Woche werden auch die noch nicht in Berlin anwesenden Reichsminister von ihrem Erholungsurlaub zurück erwartet. Reichskanzler Dr. Marx will am Mittwoch wieder in Berlin sein. Er fährt mit den katholischen Reichsministern, die gegenwärtig am Katholikentag in Dortmund teilnehmen, von dort zurück.

Auch Reichspräsident von Hindenburg wird sich im Laufe der nächsten Woche wieder von Dietrichshagen in Bayern, wo er keinen Sommerurlaub verbrocht hat, nach Berlin begeben.

Das dritte Jahresjahr.

Höchste Zahlungen Deutschlands.

X Berlin. Wie der Generalagent für Reparationszahlungen mitteilt, hat Deutschland mit der heute morgen erfolgten Zahlung von 55 Millionen Goldmark durch die Reichsbahnverwaltung die Zahlung der vollen Summe von 1.1 Milliarden Goldmark geleistet, die für das dritte Jahr des Sachverständigenplanes vorzulegen war. Wasgenommen ist ein Betrag von 20 Millionen Goldmark auf Konto der Verdrägensteuer, der erst am 15. September 1927 fällig wird. Die bisher vom Reparationsagenten für die Zahlung der dritten Annuität erhaltenen Beträge sind folgende:

1) Normaler Betrag aus dem deutschen Budget	110 Mill. RM.
2) Zusätzlicher Betrag aus dem deutschen Budget	800 Mill. RM.
3) Verdrägensteuer	270 Mill. RM.
4) Verdrägensteuer der Reichsbahnreparationsausgaben	550 Mill. RM.
5) Verdrägensteuer der Industrieobligationen	250 Mill. RM.
zusammen	1480 Mill. RM.

Weitere Einzelheiten werden in den regelmäßigen monatlichen Einzelheiten und Zahlungsbilanzen, die in Kürze erscheinen werden, gegeben werden.

Die Frage der Rheinlandsordonnanzen in Genf.

* Genf. (Telunion.) Wie von alliierter Seite verlautet, ist das verlässliche Eintreffen Briands zu der Ratssitzung weniger auf die am Freitag stattfindende Kabinettsitzung, als auf den Umfang zurückzuführen, daß Briand selbst vor einer Aussprache mit Dr. Stresemann über die schwierige Rheinlandsfrage schon vorher eine Konferenz mit dem englischen Außenminister haben wollte, um den Boden für die bevorstehende Aussprache mit Dr. Stresemann vorzubereiten. Man weiß hierbei in alliierter Kreise insbesondere auf die schwierige Stellung hin, die Briand bei der Behandlung der Rheinlandsfrage gegenüber der vollständig oppositiven Stellungnahme des französischen Generalrats, insbesondere der Generale Foch und Guillaumet, hat, die bekanntlich den allerhöchsten Widerstand gegen eine Zurückziehung von 8000 Mann aus dem Rheinland geleistet haben und eine weitere Verabreichung der Rheinlandsfragen in nächster Zeit unter keinen Umständen abgeben würden. Nach dieser alliierter Meinung muß die sich ergebende Risikosituation, die die deutsche Offensivkraft wegen der unmöglichen Regelung in der Besatzungsarmee der Besatzungsarmee beibringt, eine Entschärfung der kommenden Aussprache zwischen den Außenministern zur Folge haben. Man ist demnach umso mehr von Briand und Chamberlain verständig für die deutschen Wünsche erwarnt, wenn die deutsche Presse ständig das Verhalten der alliierten Regierungen in der Rheinlandsfrage als einen Stillstand, insofern als eine Gefährdung der gesamten in Locarno eingeschlossenen Verhandlungsphase bezeichnet.

Da verlässliche Nachrichten gegenwärtig von alliierter Seite propagiert werden, wird man in der deutschen Offensivkraft gegenüber diesen Druckmaßnahmen ruhige Reaktionen zeigen müssen. Auf alliierter Seite verläßt man selber immer wieder, daß es für das deutsche Volk in der Frage der Locarno-Rückwirkungen und der Rheinlandsfrage keine unterschiedlichen Auffassungen gibt. Denn auch durch die unzureichend militärische Truppenbesetzung im Rheinland ein Teil der nun bald zwei Jahre alten Forderungen erfüllt worden ist, so muß doch von deutscher Seite darauf hingewiesen werden, daß die erfolgte Truppenveränderung weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, die man in Deutschland berechtigterweise hatte. Demgegenüber ist bis heute noch nicht entschieden, um die nicht minder wichtige Frage der Regelung des Besatzungsregimes im besetzten Gebiet voranzuführen. In der Note der Interalliierten Rheinlandskommission vom 18. November 1925 ist ausdres-

lich eine umfangreiche, im einzelnen genau formuliert Revision der Rheinlandsverordnungen angesetzt worden. Seit Monaten verläßt die deutsche Regierung, in den mit Locarno geführten Verhandlungen mit der Rheinlandskommission eine Revision der Rheinlandsverordnungen durchzuführen, die mit dem Geiste des Locarno-Abkommens im Einklange steht; bisher ohne Erfolg, da die Rheinlandskommission sich nach wie vor auf den unheilbaren Standpunkt stellt, daß ihr nur der Auftrag erteilt worden ist, eine neue handschriftliche Bearbeitung der Verordnungen heranzubringen, nicht aber eine Revision dieser Bestimmungen gemäß den von deutscher Seite vorgebrachten Änderungswünschen.

In den kommenden Aussprachen der Außenminister wird die schwerwiegende Frage der Neuordnung der Rheinlandsverordnungen und eine Angleichung an die Locarno-Grundsätze eine bedeutende Rolle spielen, da jedenfalls von deutscher Seite nach wie vor der Standpunkt energisch vertreten werden wird, daß von einer Verwirklichung des Locarno-Nutzwirkungen erst gesprochen werden kann, wenn auch die Frage der Regelung des Besatzungsregimes im Sinne des Locarno-Abkommens erfolgt ist.

Vertagung der Abrüstungs-Debatte.

* Genf. (Telunion.) Wie gerücheweise verlautet, soll bei der Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Briand in Paris eine Vertagung zwischen den beiden Außenministern erzielt worden sein, die zum November einberufenen Session der Vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes auf unbestimmte Zeit zu verziehen.

Bekanntlich war auf der Märztagung der Abrüstungskommission eine Einigung zwischen der englischen und der französischen Abrüstungstheorie nicht zustande gekommen und die Kommissions-Verhandlungen ergebnislos abgebrochen worden. Eine Vertagung dieses Geschäftes liegt zur Zeit noch nicht vor, man sieht daher mit allgemeinem Interesse den bevorstehenden Debatten über die Abrüstungsfrage in der Vollversammlung des Bundes entgegen. Der Bericht wird durch Außenminister Stresemann erachtet werden; und man erwartet allgemein, daß hierbei das Abrüstungsproblem in breiterer Form angefaßt und die Vorbereitung auf Durchführung der eingeleiteten Abrüstungsarbeiten des Völkerbundes von verschiedenen Staaten mit großem Nachdruck geltend gemacht werden wird.

Der bayerische Ministerpräsident über Deutschlands Zukunft.

ada. Auf der Hauptversammlung des Gesamtvereins der deutschen Geschichte- und Altertumsvereine, die in Exzerpt unter Vorwort des Universitätsprofessors Dr. Wolfram-Frankfurt (Main) und unter Teilnahme zahlreicher Forscher und Gäste aus dem In- und Ausland eröffnet wurde, hielt der bayerische Ministerpräsident Dr. Geiß eine längere Begrüßungsrede, worin er u. a. ausführte:

„Jeder von uns erlebt hier die deutsche Geschichte von fundamenter Wirkung für die deutsche Zukunft. Hier geht der eiserne Griffel über die Geschichte, von selbst gräßt er sich mit Flammen tief ein und zaudert den Geist hervor, den Deutschland braucht für die Zukunft, um für immer zu erblühen und wieder kräftig nach anken zu werden. Es entscheidet sich hier nicht nur das deutsche Geschick, sondern hier entscheiden sich auch die Geschicke Europas. Es kann möglich sein, daß diese Behauptung für übertrieben angesehen wird. Wer jedoch die deutsche Geschichte kennt, und die jetzige Lage Europas und der übrigen Weltteile vergleicht, kann nicht daran zweifeln, daß am Rhein und nicht zuletzt in der Wals die Entscheidung darüber fällt, wie sich in Zukunft der kontinentale Teil Europas darstellt. Die Gerechtigkeit und die Freiheit sind die Grundlagen der Nationen, wenn sie sich entwickeln, wenn sie für die ganze Welt sich von Bedeutung erweisen sollen. Das gilt nicht nur für die übrigen Nationen, das gilt auch für die deutsche Nation. Wenn man Europa retten, wenn man es zu der alten kulturellen Bedeutung und zu seiner alten Machtstellung in der Welt zurückzuführen will, dann darf man nicht vergessen, was man dem deutschen Volke an Gerechtigkeit und Freiheit schuldet. Ohne Deutschland keine Kultur- und Wachstums-Europas in der Welt! Am Rhein, in der Wals fällt die Entscheidung über diese Fragen. Das sollte allen Staatsmännern und Volksträgern die Geschichte lehren. Sie sollte ihnen aber auch die Wahrheit und Barmherzigkeit sein. Die Männer für Geschichtswissenschaft sind heute in die Wals gekommen aus dem Gefühl und der Erkenntnis dieser Tatsachen. Auch sie wissen, daß hier um die Entscheidung für die Zukunft Europas gerungen wird und haben dieser Erkenntnis und diesen Gedanken durch ihre Tagungen Ausdruck gegeben, von denen ich glaube, daß sie nicht ohne Wirkung auf die übrige Kulturwelt sein werden.“ Der Ministerpräsident schloß mit der Aufforderung, daß alle zusammenstehen sollten, die Männer der Wissenschaft, die Erwerbstätigen, das ganze Volk, um Deutschland einer besseren Zukunft entgegenzuführen und daß sie in harter Arbeit zu eingen und zu opfern bereit seien. Dann wurde auch für das deutsche Vaterland die Stunde der Freiheit und neuen Entwicklung kommen, dann werde Europa wieder die Stellung einnehmen, die ihm in der Welt zukomme. Nicht Chauvinismus, sondern der Ehrgeiz werde Europa retten.

Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge.

Besprechung zwischen Vertretern des Reichs und der Länder.

* Frankfurt a. Main. (Telunion.) Im Reichsrats-Nachmittag fand gestern unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors, Geheimen Regierungsrats Weigert vom Reichsarbeitsministerium, eine interne Besprechung zwischen Vertretern des Reichsarbeitsministeriums und der Ministerien der Länder im Beisein des Präsidenten der neuen Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung statt. Die Beratungen hatten zwecks Erzielung gewisser Richtlinien zum Gegenstand eine Reihe von Einzelfragen über die Durchführung des am ersten Oktober in Kraft tretenden Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge, worüber bei den einzelnen Ländern noch Meinungsverschiedenheiten bestehen.

In diesem Zusammenhang dürfte von Interesse sein, daß der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes für Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck (Vertretung der Länder, Gemeinden, Arbeitgeber und Arbeitnehmer) dieser Tage zu dem neuen Gesetz eine Entschließung gefaßt hat, worin die wirksame Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung in erster Linie bei der Reichsanstalt gefordert und weiter gegen die denkbar beste Organisation der Landesarbeitsämter sowohl vom wirtschaftlichen wie vom sachlichen Standpunkt aus namentlich auch seitens der Wirtschaft schärfster Widerspruch erhoben wird, ebenso wie gegen die Absicht, die bisher bewährten und sachkundigen Leiter und Sachbearbeiter durch Neulinge zu ersetzen.

Keine Finanzministerkonferenz in Dresden.

X Dresden. Wie wir hören, trifft die Meldung, daß die Finanzminister der deutschen Länder demnach in Dresden zusammenzutreffen würden, um sich mit der neuen Besatzungsfrage zu beschäftigen, nicht zu. Dagegen finden seit einigen Tagen Besprechungen der Besatzungsreferenten der einzelnen Länder statt, die noch zu keinem Abschluß gekommen sind.

Die Erdkundigungen über das Schicksal Filmers.

X Berlin. Die deutsche Gesandtschaft in Beijing drückt, daß es sich bei der aus Sikkim gemeldeten Ermordung einer fremden Reisegesellschaft vermutlich um englische Missionare aus Kaschu handele, denen sich Filmer angeschlossen haben soll. Ein Drahtbericht des Deutschen Konsulats in Chungking, das mit Erdkundigungen beauftragt ist, steht noch aus. Die Beijing Regierung verheißt ebenfalls, Näheres bekanntzugeben.